

### ■ Hülle ohne Fülle

#### Eine Diskussionsveranstaltung der Kulturpolitischen Gesellschaft

Die Missverhältnisse öffentlicher Kulturpolitik sollten am Vorabend der bundesweiten Mitgliederversammlung der Kulturpolitischen Gesellschaft am 9. Mai in Unna diskutiert werden, und über 100 TeilnehmerInnen waren angereist, um der Diskussion zu folgen. Die Themen waren bewusst provokant formuliert. Von eigenartigen Paradoxien war im Einladungstext die Rede. Einerseits gebe es immer tiefere Einschnitte in die Kulturretats der Kommunen mit der Folge, dass die Mittel für Programme und Projekte bis zur Unkenntlichkeit abgeschmolzen würden. Andererseits ließen es sich die gebeutelten Kommunen nicht nehmen, quasi gegen den Trend neue Museen und (Konzert-)Häuser zu bauen, deren Betriebskosten die Kulturretats weiter belasteten. Verwiesen wurde dabei auf die Konzerthäuser, die z.Zt. in Essen, Bochum und Dortmund, also in einem Umkreis von maximal 50 km, entstanden sind bzw. entstehen und demnächst um Publikum konkurrieren würden. Stimmt die Balance noch – so wurde gefragt – zwischen den Mitteln, die in die gebaute kulturelle Infrastruktur fließen, und den Geldern, die für künstlerische Produktion, die Programme sowie die Projekte der freien Kulturszene übrigbleiben? Oder hat sich hier eine Logik verselbstständigt, der zu Folge Kulturpolitik zwar noch in die »Hüllen« investiert, ohne sich ausreichend Gedanken darüber zu machen, ob sie auch dauerhaft mit Kunst gefüllt werden können?

Dementiert wurde dies nicht. Volker Heller, Geschäftsführer der Kulturmanagement Bremen GmbH, bestätigte, dass sich ein Bewusstsein für die Folgekosten bei kulturpolitischen Investitionsentscheidungen nur sehr langsam entwickle, und bedauerte, dass »kulturelles Wagniskapital« immer weniger zur Verfügung stehe. Der Dortmunder Raumplaner Prof. Klaus R. Kunzmann, der maßgeblich an den Kulturwirtschaftsberichten in NRW mitgearbeitet hat, bemerkte zur Rationalität kulturpolitischer Planungen, dass dabei häufig von falschen Voraussetzungen ausgegangen werde, weil nicht nur die Zahl der Konsumenten

überschätzt würde, sondern auch ihr Zeitbudget und das zur Verfügung stehende Geld. Im Gegensatz zu eher blauäugigen Vorstellungen müsse davon ausgegangen werden, dass maximal 25% der Bevölkerung für den Besuch kultureller Veranstaltungen und Einrichtungen zu begeistern seien. Abgesehen von diesen kritischen Anmerkungen entfaltete die Provokation der Fragestellung jedoch

nur mäßige Wirkung. Offenbar kann die Kulturpolitik es sich noch leisten, die Zeichen der Zeit zu ignorieren. Denn dass die beschriebene Situation sich schon in ein paar Jahren zuspitzen wird und zum Handeln zwingt, dafür muss man kein Wahrsager sein.

Lebhafter wurde die Debatte, als das zweite Tabuthema zur Sprache kam, das vor dem Hintergrund der Internationalen Bauausstellung (IBA) in den 90er Jahren und der aktuell laufenden RuhrTriennale die Gemüter schon mehr erhitzte. Unter der Überschrift »Die Last des kulturellen Erbes« sollte die Frage diskutiert werden: »Müssen wir die Künste von der Industriekultur befreien?« Die Frage wurde begründet durch die Skepsis, ob nicht bei der Umnutzung der altindustriellen Gebäude und Areale die Maßstäblichkeit außer Kraft gesetzt und die zeitgenössische Kunst instrumentalisiert würde für die Bewahrung des kulturellen Erbes. Hat sich – so war im Einladungstext zu lesen – der Kunstanspruch überhoben an der Aufgabe, diese riesigen Gebäude mit Inhalt und Publikum zu füllen? Ist die These der 80er Jahre, dass die Industriegesellschaft sich in eine Kulturgesellschaft wandelt, allzu euphe-



v.l.n.r.: Prof. Dr. Klaus R. Kunzmann, Universität Dortmund, Jeannette Schmitz, Geschäftsführerin Gasometer Oberhausen, Dr. Hans-Georg Bögner, SK Stiftung Kultur, Köln, Volker Heller, Geschäftsführer Kulturmanagement Bremen GmbH, Dr. Cornelia Dümcke, Culture Concepts, Berlin und Dr. Oliver Scheytt, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft (Foto: J.H.)

mistisch in kulturpolitische Programmatik übertragen worden, ohne vorher die Künste zu befragen?

Der Intendant der Ruhrfestspiele Hansgünther Heyme nahm die Provokation gerne auf und kritisierte die entstandenen Schief lagen. Während die Theater immer leerer würden, weil das Geld für anspruchsvolle Produktionen knapp werde, müssten die renovierten »Monsterhallen« mit großem Aufwand bespielt werden, ohne dass die Aussicht bestehe, sie dauerhaft mit Kunst füllen zu können. Der Dortmunder Kurator Hans D. Christ, selbst erfahren in solchen Projekten, sprach von einem Trend zur Musealisierung und einer Determinierung der industriegeschichtlichen Gebäude durch hochkulturelle Standards, die im Grunde keine künstlerisch-ästhetische Wirkung entfalte. Auch Jörg Stüdemann, Kulturdezernent in Dortmund und KuPoGe-Vorstandsmitglied, äußerte sich skeptisch, weil die Künste ihre »Hüllen« nicht mehr selbst erfinden könnten, und merkte an, dass die Industriekultur seines Wissens kein zentrales Thema der Künste sei. Auf diese Kritik war Wolfgang Roters, als Geschäftsführer der Ent-

wicklungsgesellschaft Zollverein in Essen und vorher schon als Abteilungsleiter im Städtebauministerium NRW selbst Akteur in besagter Sache, offenbar nicht vorbereitet. Für ihn war schon die Fragestellung völlig abwegig. Die Künstler fühlten sich »unglaublich ange-macht« von der Architektur und Ästhetik der Industriedenkmale und sahen darin ein spannendes Aktionsfeld. Gerade die Industriekultur des Ruhrgebietes sei eine große Erzählung des letzten Jahrhunderts, die es selbstverständlich zu bewahren gelte.

Er mahnte indes auch vor Übertreibungen, die das Projekt diskreditierten: Allzu enge Denkmalschutzauflagen, die Bespielung mit falschen künstlerischen Projekten, die häufige Praxis, die Häuser mit zu viel Geld viel zu aufwendig zu restaurieren und zu verhübschen, und der rigorose Anspruch »Alles muss erhalten bleiben« seien nicht zielführend, um dem Projekt

eine dauerhafte Perspektive zu geben. Er sehe die Aufgabe der Kultur- und Städtebaupolitik vielmehr darin, Räume zu schaffen, in denen man experimentieren kann. Mit dieser Kompromissformel konnten dann auch die Kritiker leben, so dass die Provokation des Themas nicht mehr wirklich greifen wollte.

Die Kulturpolitik braucht den Konsens. Der wird in Zukunft aber immer schwerer herzustellen sein, weil bei schwindenden Finanzmitteln zwangsläufig die Fragen auftreten, welche Aufgaben Vorrang haben und welche im Zweifel verzichtbar sind. Darauf sachgerechte und vertretbare Antworten zu finden, ist die größte kulturpolitische Herausforderung in den nächsten Jahren. Die Kulturpolitik hat nicht viel Erfahrung darin. Um so mehr sollte sie darum bemüht sein, ihre Grundsätze und Kriterien im Licht der aktuellen Situation neu zu befragen.

*Norbert Sievers*